

Niederschrift
der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 28.02.2017
Beginn: 17:30 Uhr
Ende 18:10 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn

Frau Maria Quintana Schmidt bis 18:00 Uhr

Frau Sabine Tiede

Vertreter

Frau Kathrin Ruhnke

Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Frau Petra Voß

Vertretung für Frau Anett Kindler

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Herr Jörg Drees

Herr Klaus Gawoehns

Frau Sabine Fieleitz

Frau Sigrid Jescheniak

Frau Gisela Steinfurt

Herr Hermann Foth

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 17.01.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Änderungsantrag zu TOP 12.2 " Hundesteuer"
Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0138/2016

- 4.2** Verkehrswacht
- 4.3** Besetzung der Stelle des/der Behindertenbeauftragten / weitere Besetzung von 20 Stunden der Gleichstellungsbeauftragten
- 4.4** Erreichbarkeit von Ämtern, öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen der Hansestadt Stralsund und des Landkreises
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende gibt bekannt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Änderungsantrag zur Hundesteuer AN 0138/2016 zurückgezogen hat, wodurch der Tagesordnungspunkt 4.1 entfällt. In der Folge verschieben sich die übrigen Tagesordnungspunkte entsprechend. Die Abarbeitung in der Niederschrift bleibt hiervon unberührt.

Die geänderte Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 17.01.2017

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 17.01.2017 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Änderungsantrag zu TOP 12.2 " Hundesteuer"
Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0138/2016

Der Tagesordnungspunkt entfällt auf Grund des zurückgezogenen Änderungsantrags AN 0138/2016 durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

zu 4.2 Verkehrswacht

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Harfenmeister von der Verkehrswacht Stralsund und erkundigt sich, ob die freigesetzten Gelder angekommen sind.

Herr Harfenmeister bedankt sich für die Unterstützung zur Erhaltung der Verkehrswacht. Die Verkehrswacht Stralsund werde ab dem 01.03.2017 zwei neue ehrenamtliche Mitglieder aufnehmen, die dem Verein für die Tätigkeit der Verkehrserziehung zur Seite stehen. Unter anderem werde das Projekt „Aktion junge Fahrzeugführer“ nun umgesetzt. Mit dem vorangegangenen Bürgerschaftsbeschluss sei zudem die Aufnahme der freien Jugendarbeit wieder möglich, wodurch die Freizeitbetreuung von Kindern mit Verkehrserziehung im Grundschulalter gewährleistet sei.

Mit Blick auf die freigesetzten Gelder fügt Herr Bogusch an, dass die Auszahlung auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung und der abzuwartenden Bestätigung durch das Ministerium noch aussteht. Nichtsdestotrotz sei die Verkehrswacht mit ihren derzeitigen Mitteln in der Lage diese Lücke zeitlich überbrücken zu können.

Frau Ehlert erkundigt sich im Hinblick auf die Finanzen nach einer möglichen Zusammenarbeit von Verkehrswacht und Dekra.

Herr Harfenmeister berichtet, dass in der Projektarbeit grundsätzlich mit Dekra, ASB, DRK, Polizei und dem Fahrlehrerverband zusammengearbeitet werde. Niemand der Beteiligten habe jedoch die Möglichkeit für die Verkehrswacht finanzielle Hilfen aufzubringen. Eine Unterstützung erfolge hier beispielsweise durch den Austausch von technischen Anlagen.

Frau Friesenhahn möchte wissen, ob die Verkehrswacht auch in den Kindergärten präsent ist.

Herr Harfenmeister weist darauf hin, dass das Engagement an dieser Stelle zu einem früheren Zeitpunkt größer war, was wiederum damit zusammenhängen würde, dass man auf das Interesse der Eltern angewiesen sei.

Frau Friesenhahn hinterfragt die Zuständigkeit in der Verkehrsausbildung von Kindern.

Frau Ehlert berichtet von der Vielzahl an Projekten, die in frühem Kindesalter ineinandergreifend auf den Straßenverkehr vorbereiten sollen. Hierbei gebe es abschließend eine Fußgän-

gerprüfung, nach deren erfolgreichem Bestehen ein Fußgängerführerschein ausgestellt werde.

Herr Harfenmeister fügt hinzu, dass entsprechende Unterrichtsmappen von der Verkehrswacht bereitgestellt würden.

Frau Friesenhahn äußert ihre Sorge bezüglich radfahrender Kinder im Zusammenhang mit dem hierzu notwendigen Wissen.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass gerade die Unterweisung von Eltern hierbei wichtig sei und bedankt sich bei Herrn Harfenmeister für seine Anwesenheit.

zu 4.3 Besetzung der Stelle des/der Behindertenbeauftragten / weitere Besetzung von 20 Stunden der Gleichstellungsbeauftragten

Herr Gawoehns berichtet von der Stelle des Behindertenbeauftragten. Zum Ende des Monats Januar hat der Stelleninhaber Herr Witte die Stadtverwaltung verlassen. Mit der forcierten Umstrukturierung der Stadtverwaltung ab dem 01.04.2017, sei die Ansiedlung der Stelle im Bauamt auf Wunsch des Oberbürgermeisters geplant. Zur Überbrückung des derzeit laufenden Mutterschutzes der hauptamtlich angestellten Kollegin Frau Cornils, konnte über die Wohlfahrtseinrichtungen eine Einstellung von Frau Steinwedel für das lokale Bündnis für Familie bis zum Oktober 2017 erreicht werden. Die Kosten werden den Wohlfahrtseinrichtungen durch die Hansestadt Stralsund erstattet.

Frau Friesenhahn äußert ihren Unmut darüber, dass die Stelle des Behindertenbeauftragten im Bauamt angesiedelt werden soll.

Frau Ehlert hinterfragt, ob Frau Steinwedel auch im Bereich Behindertenbeauftragte für die Ausschussmitglieder Ansprechpartner sei.

Herr Gawoehns verneint dies und betont in diesem Zusammenhang die Dringlichkeit einer Neueinstellung.

Frau Ehlert unterstreicht die Notwendigkeit einer guten und schnellstmöglichen Lösung. Im Zuge der Vorbereitungen der Sternfahrt durch die KISS, sei ein Ansprechpartner von Seiten der Stadt wünschenswert.

Frau Dr. Carstensen erkundigt sich nach den Schwierigkeiten, einen geeigneten Kandidaten für die offene Stelle zu finden.

Herr Gawoehns weist auf die schwierige Lage der Bewerber hin. Es wären im Grunde keine besonderen Qualifikationen erforderlich, jedoch sollte auf Grund der Entgeltgruppe ein Bachelorabschluss vorhanden sein. Nach Auffassung von Herrn Gawoehns müsse der geeignete Kandidat zudem ein Herz für die Problematik mitbringen.

Frau Tiede möchte wissen, ob zur Überbrückung eine ehrenamtliche Besetzung der Stelle denkbar sei.

Herr Gawoehns weist darauf hin, dass es sich um eine hauptamtliche Stelle handele und eine Legitimation der entsprechenden Person erst durch den Beschluss der Bürgerschaft zustande komme.

Die Ausschussvorsitzende erinnert abschließend, welche Bedeutung die Thematik für die Hansestadt Stralsund besitzt.

zu 4.4 Erreichbarkeit von Ämtern, öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen der Hansestadt Stralsund und des Landkreises

Frau Ehlert erklärt, dass Gegenstand der Beratung die barrierefreie Fortbewegung von Bürgern mit Rollatoren und Rollstühlen sowie von Müttern mit Kinderwagen ist.

Herr Bogusch verweist auf die Zuständigkeit des zentralen Gebäudemanagements (ZGM) bezüglich des Zugangs in den Gebäuden. Im Bereich der Altstadt wurden über das ausgearbeitete Maßnahmenkonzept zur Ertüchtigung der Wege, bis auf kleinere Randpunkte, alle gesetzten Ziele umgesetzt. Eine Fortschreibung des Konzepts durch die Verwaltung sei nicht erfolgt; neue Aufsteller und Barrieren die seit der letzten Erfassung innerhalb der Altstadt installiert wurden sind daher im Maßnahmenkonzept nicht enthalten.

Frau Ehlert möchte für die nächste Sitzung einen Vertreter des ZGM einladen.

Frau Tiede erkundigt sich nach der Situation des Postgebäudes und erfragt, ob hierfür auch das ZGM zuständig sei.

Herr Bogusch weist darauf hin, dass das ZGM die Gebäude der Stadtverwaltung verwaltet. Die Deutsche Post ist ein eigenständiges Unternehmen und müsste dem entsprechend angesprochen werden, um einen barrierefreien Zugang umsetzen zu können.

Herr Gawoehns ergänzt mit Blick auf die städtische Verwaltung, dass bis auf das Hauptamt in der Mühlenstraße 4 bis 6 alle Zugänge zu den Gebäuden barrierearm ausgebaut sind. Für den Ausschuss wäre eine Zuarbeit von Seiten Herrn Albrechts vorgesehen gewesen.

Mit Blick auf die Deutsche Post am neuen Markt verdeutlicht Frau Ehlert, dass die Umsetzung der Barrierefreiheit nicht in jedem Fall bei der Stadt liege. Die Hansestadt Stralsund bemühe sich außerordentlich, wobei in bester Art und Weise alles unternommen werde, um die Situation für die Bürger zu verbessern.

Herr Bogusch berichtet von einer Teilnahme an einer Sitzung des Stadtmarketing, zu der die Gewerbetreibenden der Altstadt eingeladen waren, mit dem Thema barrierefreier Zugang zu den Geschäften. Trotz Gesprächsangebots von Seiten Herrn Boguschs sei nach einem Jahr nicht eine Rückantwort eingegangen.

Die Ausschussvorsitzende bedauert den Bericht und hält abschließend fest, dass die Zuarbeit von Herrn Albrecht vom Ausschuss erwartet wird. Zudem wird der Bedarf an einem Gesprächspartner vom ZGM unterstrichen.

zu 5 Verschiedenes

Frau Friesenhahn beschwert sich über die in der Stadt verteilten Papierreste von Werbeplakaten die an Werbetafeln und Litfaßsäulen gehangen haben. Des Weiteren sei am Kütortor der einzige Spielplatz mit einer abgeschlossenen Schaukel für Kleinkinder zu finden. An diesem Punkt herrsche entsprechender Verbesserungsbedarf.

Herr Bogusch wird sich mit dieser Thematik befassen. Bezüglich der Werbeplakate sei die Firma Stöhr der betreffende Ansprechpartner. Alternativ könne im Bedarfsfall auch die Stadtverwaltung informiert werden, die den Befund an die Firma dann entsprechend weiterleitet.

Da es im nicht öffentlichen Teil keinen Redebedarf gibt entfällt dieser.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung und wünscht allen Anwesenden einen schönen Feierabend.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung